

Bezugsgebühr:
 Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf., halbjährlich 4 Mk. 50 Pf., jährlich 8 Mk. 50 Pf.
 Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich Morgens, die Beilagen in Dresden und der nächsten Umgebungen, wo die Beträge durch eigene Boten oder Kurierdienste erfolgt, erhalten das Blatt an Wochenenden, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilungen (Morgens und Abends) ausgegeben.
 Der Käufer erhält ein Exemplar Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
 Fernsprechamtlich:
 Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.
 Telegramm-Adresse:
 Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15
 empfiehlt in grösster Auswahl:
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Lobeck & Co.
 Hoflieferanten
 Nr. 10, 120 Königs von Sachsen
DRESDEN
 empfohlen
 ihre leichtschmelzende
Carola-Chocolade
 anerkannt vorzüglicher Qualität.
 No. 130 120 128 127 126
 Mark 4.-, 3.-, 2.40, 2.-, 1.50
 per 1/2 Kilogramm.
 No. 125 per Carton 36 Pflainge.

Leopold Wein- u. Bier-Schlauch
 aus bestem Gummi, bleifrei u. Säuren widerstehend, billig u. sehr haltbar.
 Flaschenschluss-Scheiben und Ringe etc.
 Gummi-Fabrik
Reinhardt Leupolt, Dresden-A.

Bei Keuchhusten vorzüglich bewährt: **Keuchhustensaft**, wohlgeschmeckend, hergestellt aus den frischen Blättern der Edelkastanie (Castanea vesca), à Flasche 75 Pf., **aromatisches Keuchhustensaft**, à Stück 50 Pf. Versandt nach auswärts.
Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.



Hch. Ernst Peucker
 Blasewitzer Strasse 70.
 Prägung u. Galvanisirung aller Metalle
 — Gold, Silber, Kupfer, Messing, Nickel etc.
 Massive Vereinsabzeichen in unvergleichlicher Örtlichkeit und besonderer Schönheit.
Keine Blechwaare.

Regenschirme aparte Neuheiten aller Preislagen empfiehlt in grosser Auswahl
C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17, Pragerstrasse 46, Annenstrasse 9.
 Nr. 282. Spiegel: Strafmündigkeit, Hofnachrichten, Handwerkerzweigschaften, Verleihung der Trunkflucht, Mutmaßliche Witterung, Wämer, etwas Regen. **Freitag, 11. Oktober 1901.**

Die Strafmündigkeit.

Eine Frage, die zwar nichts Sensationelles an sich hat, dafür aber um so tiefer in das sittliche und soziale Gebiet eingreift, betrifft die Altersgrenze der Strafmündigkeit. Es handelt sich dabei um die Lösung des Problems, von welchem Zeitpunkt an jugendliche Personen, die mit dem Strafrecht in Konflikt gerathen sind, zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden sollen, oder umgekehrt, bis zu welchem Alter man ihre Bestrafung der Schule und der Familie überlassen soll. Die bei uns hierüber geltenden Vorschriften sind ein Zeugnis jenes doktrinären liberalen Geistes der 60er und 70er Jahre, der die natürliche Autorität der Schule und des Vaters als einen „reaktionären“ Erziehungsfaktor gering achtete, ihr Uebelwollen und Mistrauen entgegenbrachte und im Namen einer falsch verstandenen Gleichheit aller vor dem Gesetze gewissermaßen schon das Kind in der Wiege als „freien Staatsbürger“ für seinen „ordentlichen Richter“ reklamirte zu müssen glaubte.

Im Einzelnen ist die Rechtslage zur Zeit folgende: Die kriminelle Strafmündigkeit beginnt nach dem deutschen Reichsstrafgesetzbuch mit dem vollendeten 12. Lebensjahre; bis dahin ist eine gerichtliche Verfolgung schlechthin unzulässig. Ab wann tritt aber nicht sofort die volle strafrechtliche Verantwortlichkeit ein, sondern bevor diese mit dem vollendeten 18. Lebensjahre erreicht wird, greift für die Zwischenzeit vom 12. bis zum 18. Lebensjahre eine unterschiedliche Behandlung Platz. Der Richter hat nämlich in jedem einzelnen Falle zu untersuchen, ob der vor den Schranken stehende jugendliche Angeklagte bei der Begehung der That die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen hat oder nicht. Je nach dem Ergebnis dieser Prüfung muß das Gericht den jugendlichen Verbrecher entweder freisprechen oder ihn verurtheilen; doch wird auch bei der Verurtheilung noch Rücksicht auf die Jugend des Delinquenten genommen, insofern nicht dieselben Straftaten und Strafmassnahmen wie bei erwachsenen Personen zur Anwendung kommen, sondern erhebliche Milderungen, unter denen namentlich der gänzliche Verzicht der Todes- und Zuchthausstrafe hervorzuheben sind, vom Gesetze vorgeschrieben werden.

Der Zustand, wie er jetzt in Sachen der Strafmündigkeit rechtens ist, wird allgemein als unbefriedigend und höchlich anerkannt. Zahlreiche juristische Körperschaften und Versammlungen haben im Verein mit hervorragenden juristischen Autoritäten und Strafanstaltsdirektoren der entschiedenen Meinung Ausdruck gegeben, daß es nicht länger angehe, junge, oft noch nicht den Kinderchancen entwachsene Geistesüberräter so, wie es heute geschieht, wegen jeder Kleinigkeit an Gerichtsstelle zu schleppen und daß jugendliche Gemüth der ganzen Töchter eines peinlichen Verfahrens von Anfang bis zu Ende auszuweichen. Wie oft kann man in den Kreisen eines vernünftigen Publikums, bei dem der gesunde Menschenverstand vorherrscht, lebhaft und ungeschminkte Aeusserungen des stärksten Unwillens darüber vernehmen, daß Kinder, die sich irgend einen unvollkommenen Dummheitsgenuss haben zu Schulden kommen lassen, mit den Janggen und Daumenschrauben der gerichtlichen Prozedur gequält werden, statt daß man der Sache ihren natürlichen Lauf läßt und die widerwärtigen Sünden nach guter alter Väterweise einer disziplinarischen Exekution, sei es in der Schule oder in der Daulie oder auch an beiden Stellen zugleich, unterwirft. Ein solches Verfahren verdrückt in den allermeisten Fällen, wo der also Gezeichnete überhaupt noch zu bessern ist, einen gründlichen und nachhaltigen Erfolg. Eine gehörige Tracht Prügel, zur rechten Zeit von wohlmeinender Hand verabreicht, hat schon von altersher manchen jungen Sünder für sein ganzes Leben auf den rechten Weg zurückgeführt, und noch heute steht trotz aller falschen sogenannten humanitären Sentimentalität unerschütterter das Wort aus Jesus Christus in Geltung, daß man seine Kinder verdrückt, wenn man die Ruthe wegläßt. Ein so Gezeichnetiger kann mit neuen guten Vorhaben im Herzen wieder frei unter seinen Mitschülern und Spielkameraden umhergehen, ohne daß ihm ein Maler anhaftet; ein Jugendlicher dagegen, der einmal vor Gericht, und sei es auch wegen der unbedeutendsten Sache hat erscheinen müssen, wird immer von Seinesgleichen als minderwertig behandelt werden, selbst wenn ein Freispruch erfolgt ist.

Noch weit schlimmer aber sind die demoralisirenden Wirkungen des gerichtlichen Verfahrens für solche jugendliche Personen, die auf Grund eines verurtheilenden Erkenntnisses in's Gefängnis wandern müssen. Wenn man von Hochleuten hört, welche sittlichen Verwüstungen in den Seelen jugendlicher Häftlinge oft gerade im Alter von 12 bis 14 Jahren durch den Aufenthalt im Gefängnisse und den dort trotz aller Mühe nicht ganz zu vermeidenden Verkehr mit Gewohnheitsverbrechern angerichtet werden, dann möchte man mit Faust ausrufen: „Der Menschheit ganzer Jammer saßt mich an!“ Dazu kommt, daß bei unserer entsetzlich genauen Registerwesen die Verurtheilten einer solchen unglücklichen jugendlichen Person, die wegen eines naturgemäss der Schul- und Familien-disziplin unterstehenden Vergehens eine gerichtliche Freiheitsstrafe erlitten hat, den ominösen Vermerk „Vorbestrafter“ getreulich überall hintragen, wo der „Vorbestrafter“ im späteren Leben den Fuß hinschleift. Was das für eine Erschwerung des Kampfes um's Dasein für einen so Gezeichneten bedeutet, vermag Der zu ermessen, der sich einmal mit der Unterbringung solcher „Sträflinge“ befaßt hat.

Ein weiterer Uebelstand der jetzigen Methode liegt in der Gefahr, daß die aus dem Gefängnis zurückgeführten Kinder durch ihre Mittheilungen über das von ihnen Erlebte bei einem Theile ihrer Kameraden keine abfähernde Wirkung, sondern im Gegentheil den Wunsch und die Neigung nach gleichen „Abenteuern“ hervorruft, damit sie sich dann ebenfalls solcher Dinge „rühmen“ und sich dadurch in den Augen Gleichgesinnter ein reklameartiges „Ansehen“ geben können. Das mittelst solcher geistiger Ansteckung in manchen bis dahin harmlose und unschuldige Kindergemüth der erste Keim zu verbrecherischen Trieben gelegt wird, ist nur zu gewiss. Die Statistik weist nach, daß in dem Zeitraume 1882 bis 1890 die Kriminalität der männlichen Jugend in Deutschland verhältnismässig weit stärker zugenommen hat als die der Erwachsenen. Es geht nicht an, daß man diese läbliche Erscheinung einfach mit allgemeinen Ausprüchen von zunehmender Verrohung und deraelichen erklärt; man muß vielmehr zum Zwecke einer richtigen Urtheilsbildung auf die wirkenden Ursachen im Einzelnen eingehen und dabei wird man auch des Einflusses gewahr werden, den die jetzige unzureichende Behandlung der jugendlichen Personen in strafrechtlicher Beziehung hier ausübt. Nach alledem ist es gar keine Frage, daß das System der kurzzeitigen Freiheitsstrafen für Jugendliche auf der ganzen Linie gründliches Mißgeschick gemacht hat. Diese Erkenntnis hat überall, wo ernste patriotische Männer um das sittliche Wohl unserer heranwachsenden Jugend, das einen so wesentlichen Faktor bei der Gestaltung unserer nationalen Zukunft ausmacht, befaßt sind, das energische Verlangen nach einer Abänderung der geltenden Vorschriften über die Strafmündigkeit wachgerufen.

Das nächste Mittel zur Abhilfe ist die Hinaufrückung der Altersgrenze für die Strafmündigkeit auf das vollendete 14. Lebensjahr, so daß also bis dahin eine gerichtliche Verfolgung überhaupt nicht eintreten darf, sondern so lange lediglich Schule und Familie ihre disziplinarische Gewalt ausüben dürfen. Weiter dürfte noch der von einem bedeutenden Strafrechtler gemachte Vorschlag zu erwägen sein, kraft dessen die kriminelle Verfolgbarkeit der Jugendlichen vom Beginn des 15. Lebensjahres an nicht nur von der zur Erkenntnis der Strafbarkeit einer Handlung erforderlichen Einsicht, sondern auch davon abhängig gemacht werden soll, daß sie die sittliche Ausbildung und Reife erlangt haben, die notwendig ist, um sie strafrechtlich verantwortlich zu machen. Endlich gehört zu einer völlig wirksamen Erledigung der Strafmündigkeitsfrage auch noch das Vorhandensein eines guten Juuagerechts- oder Fürsorgegesetzes. Dieses muß nämlich in solchen Fällen ergänzend eintreten, wo ein Strafmündiger oder ein wegen Mangels an Einsicht und sittlicher Reife nicht gerichtlich zu bestrafender Strafmündiger unter 18 Jahren eine so schwere Vergehensdelikt begangen hat, daß die bloße disziplinarische Maßregelung in Haus und Schule weder im Interesse der allgemeinen Rechtsordnung, noch vom Standpunkte der sittlichen Besserung des jugendlichen Verbrechers als eine ausreichende Abmahnung angesehen werden kann. Brechen hat sich erst letzten ein treffliches Zwangserechtigungsgezet geschaffen, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen erstreuen sich dieses Vorzuges schon seit längerer Zeit und andere Bundesstaaten sind mit den Vorbereitungen zu dem Erlasse eines solchen Gesetzes beschäftigt. Da hiernach die letztebedachte Voraussetzung bereits im ganzen Reiche so gut wie erfüllt ist, so steht nichts im Wege, daß eine zweckmäßige Abänderung der Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches über die Strafmündigkeit unverzüglich vorgenommen wird.

Neueste Drahtmeldungen vom 10. Oktober.
 (Nacht eingehende Depeschen befinden sich Seite 4.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reichsanwalt „gibt amtlich bekannt, daß dem Unterstaatssekretär im Reichspostamt Fritzsch bei seinem Scheiden aus dem Dienste der Charakter als Wirkl. Geh. Rath mit dem Reduktions-Ereignisse verliehen und daß der Direktor im Reichspostamt Sadowski zum Unterstaatssekretär im Reichspostamt ernannt worden ist. In seiner Stelle wurde der Geh. Oberpostamt Rathe zum Direktor im Reichspostamt ernannt. — Reichspostamt Rathe Rosvatt zu Leipzig erhielt den Rothen Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub. — Die Bakarester Meldung eines hiesigen Morgenblattes, die rumänische Regierung habe ihren hiesigen Gesandten amtlich davon in Kenntnis gesetzt, daß, falls der deutsche Zolltarif mit den Sätzen des Entwurfs Gesetz werde, die Erneuerung des Handelsvertrags mit Deutschland ausgeschlossen sei, wird demittirt. — Zu der Nachricht, Prinz Tsching habe an alle fremden Gesandten das schriftliche Ansuchen gerichtet, alle fremden Geschäftsniederlassungen aus Peking zu entfernen, weil Peking kein Vertikationsort sei, bemerkt die „Nat.-Ztg.“: Abgesehen von der problematischen Zuverlässigkeit derartigen Meldungen, wird das Ansuchen auch keine besondere Bedeutung haben, da die Niederlassungen der größeren Handelshäuser sich nicht in Peking, sondern in Tientsin befinden und in Peking höchstens die Läden einiger unbedeutender ausländischer Händler in Frage kommen könnten. — Aus Petersburg wird dem Berl. N. N. telegraphirt: Französische Botschaften versichern, die russische Regierung habe zugestimmt, mit ihrer ganzen Kraft bei der Fortsetzung der französischen Forderungen im Hinblick auf die Unterstützung eines französisch-türkischen Einmischens eventuell bei Ausbruch eines französisch-türkischen Konflikts Frankreich thätig zu unterstützen. Von einer solchen Verpflichtung der russischen Regierung ist dem Ministerium des Auswärtigen noch nichts bekannt. Man ist auf die diesbezüglichen französischen Wünsche nicht weiter eingegangen, als daß man sich bereit erklärt hat, ihnen gegenüber eine wohlwollende Stellung einzunehmen, man hoffe jedoch, daß auch ohne eine solche baldigst eine Verständigung zwischen Paris und Konstantinopel erzielt werden wird. Für mehr dürfte Ausland

nicht zu haben sein. Der Zar sei fest entschlossen, es nicht zu Kompensationen auf dem Balkan kommen zu lassen. — Entgegen einer Meldung, daß sich das Eisenbahnen der Provinzen West- und Ostpreußen bei der Heimbeorderung der Truppen vom Kaisermandat als unzureichend erwiesen habe, wird offiziell mitgeteilt: In Wirklichkeit wurden nach Schluß des Manövers am 19. und 20. September etwa 60 000 Mann und mehr als 5000 Pferde aus dem Manövergelände mit der Eisenbahn heimbeordert. Berücksichtigt man dabei, daß der Abtransport in letzter Stunde noch eine Verchiebung erfuhr und überdies mit der Beförderung großer Manövertruppen in West- und Süddeutschland zusammenfiel, wodurch das Heranziehen der Betriebsmittel sehr erschwert wurde, und daß entgegen dem sonst üblichen Verfahren diesmal auch ein großer Theil der berittenen Truppen mit der Eisenbahn nach ihren Garnisonen zurückkehrte, so kann die Heimbeorderung der Truppen von den westpreussischen Manövern nur als wohlgeleitete und als eine besonders gute Leistung der Eisenbahn bezeichnet werden. Dieser Mitteilung hat auch die oberste Militärbehörde in anerkannter Weise der Staatsbahnenverwaltung gegenüber Ausdruck gegeben. — Das Kuratorium für den Chinafond des Deutschen Rottenvereins hielt gestern eine Sitzung ab, in welcher über die Anlegung des Fonds, der inzwischen auf 155 339 Mk. angewachsen ist, Beschluß gefaßt wurde. Ein Anrecht auf Unterstützung aus dem Fonds haben alle Angehörigen der Kaiserl. Marine, die in den chinesischen Wirren dienst- oder erwerbsunfähig geworden sind, sowie deren Familienmitglieder und die Hinterbliebenen von Verdienstlosen. — Seitens der preussischen Regierung sind vorbehaltlich einer endgültigen Regelung der betreffenden Fragen durch den Bundesrath Vorschriften zur Verhütung der Einschleppung ansteckender Krankheiten aus der Ostprovinz in das Reich und umgekehrt erlassen worden. — Der neue Aufsichtsrath der Mecklenburg-Strelitzischen Hypothekendarlehenbank und der von der staatlichen Aufsichtsbehörde ernannte Vertrauensmann Regierungsrath a. D. Guthmann haben einen neuen Revisionsbericht erstattet. Dieser deckt die Einnahmen und Transaktionen auf, welche die Direktoren Komeid und Schulz, besonders Lehner, mit der Bank und der Kommerzialbank Spezial mit der Immobilienverkehrsbank und der Firma Schumacher u. Co. vorgenommen haben. Der Revisionsbericht erstattet eine Unterbilanz in Höhe von rund 10 Mill. Mk. bei 12 Mill. Aktienkapital und einem Einnahmehausfall an Hypothekenzinsen von 794 000 Mk. Er empfiehlt die Stundung der Hypothekenzinsen in Höhe von zwei Dritteln und beiräth die Reorganisation der Gesellschaft in dem Sinne, daß die Pfandbriefgläubiger einen Theil ihrer Forderung, 10 Proz. oder mehr, in Vorauszinsen umwandeln.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Reorganisationsplan der Preussischen Hypothekendarlehenbank soll von den verschiedenen behördlichen Instanzen nunmehr genehmigt worden sein. — Der Antrag auf Verhängung des Konkurses über die Firma Gumbert & Co. ist nichtig, weil von der Firma Neubauer-Tagelberg-Hamburg aus und es liegt dem Antrage eine Forderung von etwa 300 000 Mk. zu Grunde. Die Bankfirma Esler Wobau u. Co. erklärt, sie habe mit dem Abberufungsdirektor Schöntag von Anfang Januar 1898 bis Mai 1900 in Geschäftsverkehr gehalten. Dieser Verkehr habe sich ausschließlich auf den An- und Verkauf von börsengängigen Wertpapieren bezogen.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Neuerdings gestellte Postentlastungsanträge der Direktoren der Leipziger Bank Erner und Giesch sind vom Untersuchungsrichter abgelehnt worden. Die Voruntersuchung wegen der hiesigen früheren Aufsichtsrathsmitglieder kommt Mitte des Monats zum Abschluß.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Wie ein hiesiges Blatt meldet, werden für die Gläubiger der Leipziger Bank allerhöchstens 65 Proz. ihrer Gesamtzahlungen zur Rückzahlung gelangen.

Oldenburg. Der Dampfer der Oldenburgischen Dampfschiffahrtsgesellschaft „Guelva“, von Setubal nach Rotterdam unterwegs, ist seit dem 5. September überfällig. Das Schiff soll nach Aussage der Abberei mit der gelammten aus 11 Mann bestehenden Besatzung in der Guelva vor ein neues, erst Januar ds. J. in Dienst gestelltes Schiff.

Polen. (Priv.-Tel.) Der Verhandlungstermin im großen polnischen Geheimbundprozeß wurde auf den 4. November und die folgenden Tage vor der 2. Strafkammer des hiesigen Landgerichts anberaumt.

Essen. (Priv.-Tel.) Da die Kohlenbestände in den Ruhrhöfen wegen der durch den günstigen Rheinwasserstand ermöglichten lebhaften Verschiffungen stark gelichtet sind, drängen die Kohlenhändler die Behörden sehr um vermehrte Zufuhr, besonders in besseren Sorten.

Essen. Bei den Erdarbeiten für die Wasserleitung fand eine Dynamitexplosion statt, durch welche zwei Arbeiter getödtet, zwei schwer und zwei leicht verletzt wurden. Die Arbeiter hatten, um die Ründschürren der in einer Meerhöhe anzuverhauenen Dynamitpatronen, die in Folge der Hitze theil geworden waren, wieder geschmeidig zu machen, die Wäsche in einer Wäschkammer ein offenes Feuer gestellt. Hierbei erfolgte die Explosion. Die Wäschkammer ist vom Erdboden verschwunden. Die Schwerverletzten haben das Gehör verloren.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Der Vorstand der New-Yorker Börse hat beschlossen, die im März ds. J. hier zur Zeichnung angelegte 30prozentige Frankfurter Stadtanleihe von 15 Mill. Mk. zur offiziellen Notierung an der New-Yorker Börse zuzulassen.

München. Prof. Hartig, Mitglied der Akademie der Wissenschaften und Vorstand des Botanischen Instituts der kaiserlichen Universität München, ist vergangene Nacht gestorben.

Stuttgart. (Priv.-Tel.) Die Gläubigerversammlung der Lebensversicherungs-Gesellschaft in Wadnang beschloß die Liquidation der Firma und die Umwandlung der ihr gebührenden Renten, die mit 7 bis 8 Prozent rentiren, in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Wien. (Priv.-Tel.) Zwischen der Deutschen Bank und der Wiener Bau- und Betriebsgesellschaft schweben Verhandlungen wegen Verlängerung der Verpflichtung der Bank zur Uebernahme von 25 Millionen Kronen Obligationen zum Nennwerthe. Die Verpflichtung wird bis Ende November 1902 prolongirt; wegen Uebernahme der Gesellschaft durch die Kommune werden offizielle Verhandlungen für Ende dieses oder Anfang nächsten Monats angekündigt.

Wien. (Priv.-Tel.) Der König von Griechenland trifft Ende d. M. hier ein. — Wie verlautet, ist der österreichisch-